

13.25

Bundesrat Michael Bernard (FPÖ, Niederösterreich): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Frau Minister! Herr Minister! Kollegen im Bundesrat! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie und vor den Bildschirmen! Als vor mittlerweile zwei Jahren der österreichischen Bevölkerung im Zuge der Angelobung der Bundesregierung vonseiten des türkisch-schwarzen Koalitionsschwenkkanzlers namens Kurz und des in Grün gehaltenen Vizekanzlers namens Kogler erklärt wurde, dass das, was sie jetzt vereinbart hätten, das Beste aus zwei Welten sei, hatte ich bei dem Gedanken schon schwere Bauchkrämpfe, und ich bin mir sicher, dass es sehr vielen Österreichern auch so ergangen ist. Dass es aber so schlimm werden würde! Was wir in den letzten zwei Jahren mit dieser schlechtesten und anscheinend korruptesten Bundesregierung aller Zeiten erleben mussten, übertrifft alles. *(Beifall bei der FPÖ.)* Es geht schon in Richtung ...

Vizepräsidentin Sonja Zwagl: Herr Kollege, ich bitte Sie, wir sind im Hohen Haus und nicht in der Arena; korrupt, das passt nicht hierher. *(Bundesrat Steiner: Ja, logisch ist das eine korrupte Regierung!)*

Bundesrat Michael Bernard *(fortsetzend)*: Es war für mich bisher unvorstellbar, dass es einer Bundesregierung in einem Zeitraum von zwei Jahren gelingt, unser wunderschönes Heimatland wirtschaftlich und menschlich an die Wand zu fahren und zu spalten. Anstatt für das Wohl der Bevölkerung zu arbeiten, duellieren sich diese zwei Parteien mittlerweile fast täglich, um zu beweisen, wer Dreck auf der Koalitionssauberkeitszwangsjacke hat.

Sie als gewählte Vertreter sowie alle Mitglieder dieser Bundesregierung haben anscheinend vergessen, dass Ihnen Österreich nicht gehört. Sie sind Angestellte der österreichischen Bevölkerung. Sie sind die Angestellten der österreichischen Steuerzahler. Jeder Angestellte, der am laufenden Band nur noch Fehler macht, der das hart verdiente Geld – freundlich ausgedrückt – bewusst mit zwei Händen beim Fenster rausschmeißt, hätte schon die fristlose Kündigung erhalten, mit anschließendem Prozess, bei dem er sich verantworten müsste. *(Beifall bei der FPÖ.)* Eines sei dieser Bundesregierung und ihren Mithelfern ins Stammbuch geschrieben: Dieser Tag kommt auch für Sie mit großen Schritten näher.

Meine Bundesratsfraktionskollegen werden Ihnen, Herr Minister, Frau Minister, sowie Ihren Kollegen, aber auch allen anderen Bundesräten im Zuge der heutigen Sitzung bei den Abstimmungen den sogenannten Spiegel mehrmals vorhalten. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Schauen Sie in den Spiegel der Verantwortung! Dann bin ich mir sicher,

dass Sie sich heute zum Beispiel beim Tagesordnungspunkt 6, Impfpflichtgesetz, für die Einhaltung der Verfassungsgesetze, für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte und gegen die Impfpflicht entscheiden. *(Beifall bei der FPÖ. – Bundesrat **Preineder**: Ruf zur Sache!)*

Zu Kollegin Kittl: Für die österreichische Bevölkerung, die teilweise nicht weiß, ob sie das Geld für Essen oder für Heizen ausgeben soll, ist die Frage, ob die Steuerreform gendergerecht ist, auf der Wichtigkeitsskala mit dem Faktor von 0,1 Prozent auszuweisen. *(Bundesrätin **Schumann**: Das ist nicht richtig!)*

Ich gebe Ihnen aber auch die Möglichkeit, sich für das Wohl und gegen die von Ihnen für mich teilweise mutwillig herbeigeführte – zum Beispiel durch unverhältnismäßige Maßnahmen im Zuge von Covid-19 – weitere Vernichtung des österreichischen Mittelstandes einzusetzen. Sie als österreichische Bundesregierung haben es zu verantworten, dass eine große Zahl von Arbeitnehmern sich noch immer in Kurzarbeit befindet oder beim Arbeitsmarktservice als arbeitslos gemeldet ist und Hunderttausende kleine und mittlere Unternehmer in ihrer Existenz massiv bedroht sind.

In dieser für die österreichische Bevölkerung angespannten, von Ihnen als Bundesregierung zusätzlich angeheizten wirtschaftlichen Situation werden Sie, Frau Minister, mit Ihren übrig gebliebenen und neu zugeführten, nicht gewählten Amtskollegen nicht müde *(Zwischenruf des Bundesrates **Preineder**)*, durch die gelebte Klimahysterie dieser Bundesregierung zusätzlich gleich eine Art Klimapandemie herbeizuführen, anstatt Klimapolitik mit Hausverstand für und mit der österreichischen Bevölkerung umzusetzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir Freiheitliche sind auch der Meinung, dass einige der Punkte, die heute zum Beschluss anstehen, wie zum Beispiel die Senkung der zweiten Tarifstufe der Lohn- und Einkommensteuer von 35 auf 30 Prozent und die Senkung der dritten von 42 auf 40 Prozent, welche schon von der FPÖ-ÖVP-Regierung ausverhandelt wurde, nicht erst mit dem 1.7.2022, sondern bereits rückwirkend mit 1.1.2022 umgesetzt werden sollten. Ebenfalls sollte die Erhöhung des Familienbonus Plus sowie die Erhöhung des Kindermehrbetrages nicht mit 1.7.2022, sondern bereits mit dem 1.1.2022 umgesetzt werden. Dies würde die österreichische Bevölkerung entlasten.

Kurz noch zusammengefasst: Wir Freiheitliche werden dem heute zur Abstimmung vorgelegten Klimabonusgesetz, das radikal gegen die Bevölkerung ist, die auf einen eigenen Pkw angewiesen ist, nicht die Zustimmung geben. Dieses Gesetz benachteiligt einen ganz großen Teil der Bevölkerung im ländlichen Raum, wie ich bereits in vielen meiner Reden im Detail begründet habe. Der neuen gesetzlichen

Regelung zur Reduzierung des Beitragssatzes in der Krankenversicherung für selbstständige Erwerbstätige mit niedrigen und mittleren Einkommen werden wir Freiheitliche die Zustimmung geben.

Wir Freiheitliche sind der Meinung, dass es keine Aktuelle Stunde, sondern einen Maßnahmenmix benötigt, um die grüne Teuerung zu stoppen. Der Ausschuss für Konsumentenschutz des Nationalrates sollte dazu mittels Beschluss die Preise ausgewählter Güter für einen bestimmten Zeitraum festlegen beziehungsweise deren Erhöhung ausschließen können.

Im Fokus dieser Maßnahmen soll ein abzubildender Warenkorb sein, der die Preise für Waren und Dienstleistungen, wie etwa Lebensmittelpreise, Hygieneartikel, Mietpreise, Heizkostenpreise, Spritpreise, Fahrkostenpreise im öffentlichen Verkehr und so weiter, beinhaltet. Zugrunde liegen sollen dem Warenkorb Daten der Statistik Austria, die monatlich aktuell bereitzustellen sind. Ergeben sich deutliche Abweichungen bei einzelnen Endverbraucherpreisen, bei einzelnen Waren oder Dienstleistungen hat der zuständige Konsumentenschutzminister den Konsumentenschutzausschuss damit zu befassen. Dieser hat in Folge mittels Beschluss den Konsumentenschutzminister mit der Erlassung eines Preisstopps zu beauftragen.

Während befristeter Preisstopps sollen Maßnahmen, die in Österreich, aber auch im Verhältnis zu anderen relevanten Handels- und Wirtschaftspartnern zur Inflation geführt haben, nach Maßgabe ausgesetzt beziehungsweise gänzlich abgeschafft werden.

Da die asoziale Steuerreform der Grundrechtsvernichtungs-, Freiheitsrechtebeschneidungs- und Belastungsregierung keinerlei Schritte setzt, um die oben angeführten Maßnahmen umzusetzen, sowie auch nicht geeignet ist, der Inflation beziehungsweise zum Beispiel den steigenden Treibstoffpreisen entgegenzusteuern, stelle ich folgenden Antrag:

Entschließungsantrag

der BundesrätInnen Christoph Steiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend „freiheitliches Maßnahmenpaket gegen die grüne Inflation“

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die ein Maßnahmenpaket gegen die grüne Inflation‘ beinhaltet:

- Schaffung eines Warenkorbs, der die Preise für Waren und Dienstleistungen wie etwa Lebensmittelpreise, Hygieneartikelpreise, Mietpreise, Heizkostenpreise, Spritpreise, Fahrtkostenpreise im öffentlichen Verkehr usw. beinhaltet.
- Bereitstellung der Daten zu den vom Warenkorb umfassten Kategorien durch die Statistik Austria.
- Schaffung eines Preisbandes, welches beim Abweichen einzelner Endverbraucherpreise, d. h. mehr als zehn Prozent, beim zuständigen Konsumentenschutzminister eine Informationspflicht an den Konsumentenschutzausschuss des Nationalrates auslöst.
- Verpflichtung des Konsumentenschutzministers befristete Preisstopps (30, 60, 90 bzw. 120 Tage) für einzelne Waren und Dienstleistungen umzusetzen.
- Einführung einer Treibstoff-Preisdeckelung in Form einer Abgabenreduktion auf Treibstoff.“

(Beifall bei der FPÖ.)

13.34

Vizepräsidentin Sonja Zwagl: Der von den Bundesräten Christoph Steiner, Kolleginnen und Kollegen eingebrachte Entschließungsantrag betreffend „freiheitliches Maßnahmenpaket gegen die grüne Inflation“ ist genügend unterstützt und steht demnach mit in Verhandlung.